

3 Das Rössle in Ruggell darf wieder öffnen
Nach einer Kontrolle vor Ort bewilligt das Amt diesen Schritt.

9 Dank der guten Schneeverhältnisse
Wintersaison startet in Malbun bereits an diesem Wochenende.

21 Winterpause für Erstligisten
Unterschiedliche Herbstrunde
USV im Mittelfeld, FCB ist Tabellenschlusslicht

ANZEIGE



Volksblatt

GROSSAUFLAGE



Donnerstag, 2. Dezember 2021
145. Jahrgang Nr. 230

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

«160 im Quadrat» Magazin bietet spannende Einblicke



Der heutigen Grossauflage des «Volksblatts» liegt die zweite Ausgabe des Wissenschaftsmagazins 160² – «160 im Quadrat» – bei.

Das gemeinsam vom Liechtenstein-Institut und der Universität Liechtenstein herausgegebene Magazin bietet einen Einblick in die vielfältige Tätigkeit der in Liechtenstein ansässigen wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen. **Beilage**

Inland Weil er einen Hilfspolizisten der Kooperation mit Drogendealern bezichtigt haben soll, wurde ein Taxiunternehmer im zweiten Anlauf wegen des Verbrechens der falschen Verdächtigung verurteilt. **Seite 3**

Inland Nachdem der Landtag sich mehrere Stunden mit der Coronapandemie auseinandergesetzt hatte, konnten sich die Abgeordneten den parlamentarischen Vorstössen widmen: Die beiden FB-Postulate fanden eine Mehrheit. **Seiten 6 und 7**

Wirtschaft Liechtenstein-Marketing hat ab März 2022 einen neuen Geschäftsführer. Mathias Ulrich übernimmt den Posten von Michelle Kranz. Der 40-jährige Schwyzer kann auf jahrelange Erfahrung im Tourismus zurückblicken. **Seite 17**

Sport Vor dem Gastspiel des FC Vaduz beim SC Kriens erklärt FCV-Abwehrchef Yannick Schmid, wie er derzeit mit seinem Jugendverein mitleidet. **Seite 20**

Ortsporträt Obwohl die Umstände aufgrund der Pandemie schwierig sind: Die Gemeinde Vaduz hat auch in der Vorweihnachtszeit viel zu bieten. **Seiten 25 bis 29**

Wetter Viele Wolken und vor allem am Nachmittag häufig nass. **Seite 30**



2° 3°

Inhalt

Inland 2-13 **Kultur** 23+24
Ausland 16 **Kino/Wetter** 30
Wirtschaft 17+18 **TV** 31
Sport 19-22 **Panorama** 32

Fr. 2.50 www.volksblatt.li



Abbruch Der erste Schritt in Richtung «Clunia»

Drei Jahre nach der Gemeindeabstimmung über das Nendler Zentrumsprojekt «Clunia» geht es nun ans Eingemachte. Vor wenigen Tagen haben die Abbrucharbeiten an der alten Poststelle begonnen. Bis Ende 2023 soll hier der rund 12 Millionen Franken teure Treffpunkt der Nendler stehen. Baubeginn ist im 1. Quartal 2022.

(Foto: Michael Zanghellini)

Wenn Lockdown, dann Impfpflicht

Forderung Im Landtag wird eine allgemeine Corona-Impfpflicht noch nicht für notwendig erachtet. Wendelin Lampert (FBP) fordert aber: Vor dem nächsten Lockdown müsse ein Gesetz über die Impfpflicht fürs Volk gebracht werden.

VON DAVID SELE

Die Freie Liste hatte eine Diskussion über eine Impfpflicht gefordert. Dazu kam es am Mittwoch im Landtag de facto nicht. Jedoch taten immerhin 13 der 25 Abgeordneten ihre grundsätzlichen Überlegungen kund. Einzig aus den Reihen der DpL kam kein Statement.

Einig waren sich alle, dass dringend mehr Menschen geimpft werden müssten. Peter Frick (VU) fragt sich, ob es der Wohlstand ist, der so viele Egoisten zutage gefördert habe. «Ich höre immer nur ich, ich und nochmals ich.» Dabei sei eine hohe Impfquote der Ausweg für alle aus der Krise. Wie die meisten Votanten findet

aber auch Frick, dass im Moment noch nicht alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. «Aber wenn es so weit ist, werde ich die Pflicht befürworten», so Frick. Zweifel an der Durchführbarkeit äusserte hingegen etwa Karin Zech Hoop (FBP). Sie halte eine Impfpflicht für «unrealistisch». Geimpfte wie Ungeimpfte seien fähig, verantwortungsvoll zu handeln. Und Verantwortung bedeute, dass man die Konsequenzen der eigenen Entscheide trägt. Aktuell sei es aber so, dass Geimpfte die Konsequenzen der Entscheide der Ungeimpften mitzutragen hätten. Operationen würden verschoben, Einschränkungen erlassen. Zech-Hoop findet, der negative Impfscheid müsse vom Entscheidungsträger allein verantwortet werden, auch finanziell. «Es gibt Wahlfreiheit, aber die Allgemeinheit muss nicht alles zahlen.»

Toleranz und Geduld?

Sandra Fausch (Freie Liste) sprach sich hingegen in aller Deutlichkeit gegen eine Diskriminierung von Ungeimpften aus. Die Stigmatisierung habe bereits «ein inakzeptables Ausmass» angenommen, so Fausch. «Auch wer sich testen lässt, tut das

für andere. Nur müssen Getestete die Kosten selbst tragen», so Fausch. Sie spreche den Impfstoffen ihre Wirkung nicht ab, aber es sei wichtig, die Spaltung nicht weiter voranzutreiben. Auch Dagmar Bühler-Nigsch (VU) war lange generell gegen eine Impfpflicht. Ihre Meinung habe sich aber nun etwas geändert. «Wir waren lange tolerant und grosszügig, um eine Spaltung zu verhindern.» Genutzt habe es nichts, wie man auf den Coronademonstrationen beobachten könne. «Vielleicht sollte weniger Rücksicht genommen werden», so Bühler-Nigsch. Eine abschliessende Entscheidung über eine Impfpflicht könnte aber auch sie heute noch nicht treffen.

Rechtliche Grundlage fehlt

Auch deshalb kam die von der Freien Liste angestrebte Diskussion für Gunilla Marxer-Kranz (VU) verfrüht. Der Landtag solle sich mit der Impfpflicht befassen, wenn er tatsächlich darüber entscheiden müsste. «Dann könnten wir anhand der aktuellsten Faktenlage diskutieren», so Marxer-Kranz. Tatsächlich würden sich nämlich noch zahlreiche Fragen stellen, die intensiver Abklärungen be-

dürfen. Wie Gesundheitsminister Manuel Frick zuvor ausgeführt hatte, gibt es im Moment effektiv keine Rechtsgrundlage, die eine allgemeine Impfpflicht erlaubt. Nur situativ und für gewisse Bereiche sei die Einführung bereits möglich. Gunilla Marxer-Kranz ist überzeugt: «Es wäre mit Klagen und Rechtsstreiten zu rechnen. Bis diese durchjudiziert sind, ist die problematische Coronajahreszeit vorbei.» Vehementer Widerspruch kam von Wendelin Lampert (FBP). «Wir sollten 12 Monate vorausdenken. Wenn wir so weitermachen wie jetzt, sind wir dann wieder gleich weit», warnte Lampert. Er zeichnet bereits für diesen Winter ein düsteres Bild. Die Massnahmen der Regierung würden nicht ausreichen, um eine Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern. Sehen den Augen werde auf einen neuerlichen Lockdown zugesteuert. Geimpften sei dies aber eigentlich nicht zuzumuten. Und so stellte Lampert die prägnanteste Forderung auf: «Vor dem nächsten Lockdown ist ein Gesetz über eine Impfpflicht aufzugleisen und dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Die Freiheit des Einzelnen hat Grenzen.» **Seiten 4 und 5**

Stellungnahme Arbeitgeber gegen Homeoffice-Pflicht

BERN Die vom Bundesrat geplanten Verschärfungen der Coronamassnahmen sind in der Konsultation teilweise auf Kritik gestossen. Die Arbeitgeber wollten demnach keine Homeoffice-Pflicht und die Kantone Bern, Solothurn, Freiburg und Tessin waren gegen eine Zertifikatspflicht bei privaten Treffen. In der nur rund 24 Stunden dauernden Konsultation

umstritten waren, wie erste Stellungnahmen am Mittwoch zeigten, die Massnahmen am Arbeitsplatz. Zu diesen bot der Bundesrat drei Varianten an: eine allgemeine Maskenpflicht in Innenräumen (Variante 1), eine Homeoffice-Pflicht für nicht-geimpfte oder -genesene Mitarbeitende (Variante 2) oder eine allgemeine Homeoffice-Pflicht (Variante 3). (sda)

ANZEIGEN

Roeckle
H O L Z

Gesucht
Lagervorarbeiter
(m/w)
www.roeckle.li/stellen

**Einmal bezahlen,
nachfüllen gratis.**
Ein Becher pro Person.



SUBWAY
Subway® ist eine eingetragene Marke von Subway IP Inc. ©2017 Subway IP Inc.